



WOLFGANG ASCHAUER/  
ELISABETH DONAT/JULIA  
HOFMANN (HRSG):  
SOLIDARITÄTSBRÜCHE IN  
EUROPA. KONZEPTUELLE  
ÜBERLEGUNGEN UND  
EMPIRISCHE BEFUNDE

Springer VS,  
Wiesbaden 2016

ISBN 978-3-658-06404-4  
262 Seiten, 39,99 €

Die Verwerfungen der Eurokrise nehmen die Autorinnen des Bandes zum Anlass, den aktuellen Zustand der Solidarität innerhalb der Europäischen Union (EU) „einerseits konzeptuell zu fassen und andererseits empirisch zu beleuchten“ (S. 1). Entsprechende Forschungsfragen verfolgen die Beiträge aus unterschiedlichen (länderbezogenen, international vergleichenden, aber auch trans- und supranationalen) Blickwinkeln. Die formale Gliederung des Buches in einen konzeptionellen und einen empirischen Teil fällt in der Praxis weniger klar aus. So entwickelt etwa Haller sein Plädoyer für ein „Europa der drei Geschwindigkeiten“ am Beispiel vergangener Erweiterungs- und Einführung des Euro sowie der Ukraine-Krise. Gemäß seinem Vorschlag einer „abgestuften Integration“ (S. 35) solle die EU als eine Rechtsgemeinschaft fortbestehen, die die Intervention in nationale Politikbereiche nur ausnahmsweise vorsieht. Im zweiten Beitrag widmet sich Immerfall der Frage gesellschaftlicher Solidarität als Mehrebenenproblematik. Basierend auf einem Literaturüberblick und Umfragedaten konstatiert er, dass die Erosion nationaler Solidargemeinschaften im Zuge der Integration nicht durch entsprechende Substitute auf EU-Ebene komplementiert werde, und empfiehlt eine stärkere Orientierung am nationalen Subsidiaritätsprinzip. Anschließend fragt Aschauer, inwiefern integrationistische Ideen (in diesem Fall die Beiträge von Habermas) einen angemessenen (theoretischen wie auch politisch-gestalterischen) Zugang zu Problemen europäischer Integration unter Krisenbedingungen erlauben. Sein Fazit fällt hierbei skeptisch aus. Mit ihrer differenzierten Argumentationsweise bieten die Beiträge eine solide Grundlage zum Verständnis der Bedeutung gesellschaftlicher Solidarität im Zuge der europäischen Integration – allerdings vorwiegend mit Blick auf die EU-Ebene.

Auf Basis biografischer Interviews untersucht Donat die subjektiven Voraussetzungen (un-)solidarischer Orientierungen. Ohne hierbei grundsätzlich EU-feindliche Haltungen festzustellen, gelingt es ihr doch zu zeigen, in welcher Weise Orientierungen von individuellen Erfahrungen der Befragten abhängen. Seine „Größe und Komplexität“ (S. 120) erschwere den Europäern hierbei die subjektive Identifikation mit dem Integrationsprojekt. Mit seiner Analyse der Tafelbewegung als sozialpolitischer Akteurin verschiebt sich der Fokus des Bandes im Beitrag von Selke auf die nationale Ebene. Einen Trend zur allgemeinen Entsolidarisierung erkennt er in der Entpolitisierung der politischen Debatte über Armut durch die öffentliche Inszenierung von Wohltätigkeit. Eine ähnliche Sichtweise auf die Bedeutung nationaler Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsregime etabliert Fehr in ihrem Artikel über die Folgen der Agenda 2010 in Deutschland, welche die soziale Exklusion von Arbeitslosen insgesamt verschärfen. Am Beispiel von Scheininvalidität in der Schweiz zeigt Hassler, wie neoliberale Restrukturierung solcher Regime nicht nur die Kürzung öffentlicher Leistungen, sondern auch einen kulturellen Wandel bedingt, in dessen Folge Leistungsbeziehungen und -bezieher unter Generalver-

dacht geraten. Die ethnografische Untersuchung von Arbeitsmigration zwischen Polen und Deutschland erlaubt Wagner in seinem Beitrag Rückschlüsse auf einen kulturellen und institutionellen Wandel der polnischen Gesellschaft mit „Tendenz zur Entsolidarisierung“ (S. 207), welche durch caritative Hilfen zwar gelindert, aber nicht aufgehoben werden könne. Einen besonders interessanten Zugang wählen Decker, Kiess und Brähler an der Schnittstelle psychoanalytischer Theorie und quantitativer Einstellungsforschung. Enttäuschte Konsumversprechen im Zuge der Krise befördern hiernach antidemokratische und xenophobe Tendenzen vor allem in Ostdeutschland. Eine ähnliche Autoritarismuskritik formuliert abschließend auch Hofmann zur Frage der Verbreitung von Vorurteilen im Zusammenhang mit sozialer Unsicherheit am Beispiel Österreichs.

Wie die konzeptionellen Beiträge zeigen, widmet sich der Band einem hochaktuellen Thema von großer theoretischer wie politischer Relevanz. Die aufgeworfenen Fragen beantworten die Beiträge aber nur cursorisch. Die Zusammenstellung der empirischen Zugänge erscheint zwar vielfältig, allerdings streckenweise etwas willkürlich. Sicherlich erfährt man dort etwas über „Solidaritätsbrüche“. Eine klare Systematik bezüglich der Länder- und Ebenenauswahl ist für mich aber nicht erkennbar, die einzelnen Teile stehen etwas disparat nebeneinander.

Um die in der Einleitung (theoretisch sensibel und politisch weitsichtig) aufgeworfenen Grundsatzfragen mit Blick auf den Forschungsstand beantworten zu können, hätte dem Buch ein zusammenfassendes Schlusskapitel gut getan. Wie geht es denn nun weiter mit der EU, wenn die Entsolidarisierung der Gesellschaft voranschreitet? Und wo liegen Handlungsoptionen für die internationalisierungsüberforderten Individuen und Organisationen, die weder einem idealistischen Kosmopolitismus noch einer rückwärtsgewandten Re-Nationalisierung entsprechen? Ebenfalls wünschenswert erscheint die weitere Zuspitzung theoretischer Kernbegriffe: Welche Formen von Solidaritätsbruch lassen sich erkennen? Und sind gleichzeitig auch Gegenteilstendenzen diagnostizierbar? Und wie lässt sich das Zusammenwirken der nationalen, der transnationalen und der supranationalen Ebene verstehen? Offen bleibt schließlich auch die Frage nach der Bedeutung kollektiver Akteure wie Parteien und Gewerkschaften. Wenn die Autoren eine Perspektive auf die soziale Kohäsion der EU einnehmen, erscheint es fragwürdig, wieso keiner der Beiträge diejenigen intermediären Organisationen fokussiert, die aus dieser Sicht für die Interessenaggregation innerhalb des politischen Systems verantwortlich wären.

Dass der Band, wie die Herausgeber es anstreben, als „Initialzündung einer überfälligen soziologischen Debatte zu Entsolidarisierungstendenzen in Europa“ (S. 13) dienen wird, erscheint mir vor diesem Hintergrund zwar in der Sache als wünschenswert, als Zukunftsprognose allerdings fraglich. ■

MARTIN SEELIGER, Köln